



Die Fraktion von
Bündnis 90 / Die Grünen
im Kreistag Schwarzwald-Baar

Donaueschingen, den 15. Dezember 2014

Stellungnahme zum Haushaltsplan 2015

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

im Bereich der Breitbandversorgung wird der Schwarzwald-Baar-Kreis im kommenden Jahr 5 Mio. € in den Aufbau des „Kreisbackbone“ investieren. Insgesamt fallen für den Bau des Backbone bis zum Jahr 2017 Kosten in Höhe von voraussichtlich 16 Mio. € an, was für den Schwarzwald – Baar- Kreis im Vergleich mit anderen Infrastrukturbereichen ein massives neues Engagement darstellt. Noch weit mehr als der Landkreis werden jedoch die Kreisgemeinden gefordert sein. Geht man von den derzeit geschätzten Gesamtkosten bei einer Realisierung des Gesamtkonzepts im Schwarzwald – Baar – Kreis aus, wird der Bereich „Breitband“ annähernd ein Investitionsvolumen in der Größenordnung der kommunalen Trinkwasserversorgungen aufweisen. Damit ist erstens klar, dass dieses Projekt in den kommenden Jahren eine herausragende Stellung bei allen kommunalen Investitionen einnehmen wird. Zweitens dürfte damit aber auch klar sein, dass die Breitbandversorgung in scharfer Konkurrenz zu anderen kommunalen Infrastrukturprojekten stehen wird. Es ist deshalb umso erfreulicher, dass der Landkreis mit dem Haushalt 2015 nicht nur seine originären Aufgaben erfüllen, sondern vorhandene Strukturen weiter verbessern und auch in anderen Bereichen neue Projekte und Vorhaben – wie z.B. die Demografiestrategie, realisieren kann. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer immer noch guten wirtschaftlichen Situation: Sowohl die Einnahmeseite - beispielsweise im Hinblick auf die Steuerkraftsummen und Finanzzuweisungen - als auch die konjunkturbedingten Positionen der Ausgabenseite - beispielsweise im Bereich von Hartz IV - liefern derzeit günstige Rahmenbedingungen für den Kreishaushalt.

Wir begrüssen es deshalb sehr, dass im Bereich der beruflichen Schulen weitere Investitionen vorgenommen werden können: Sei es mit der Fortsetzung der Innensanierung der Gewerbeschule in Villingen – Schwenningen, bei den (leider) notwendigen teuren Brandschutzmassnahmen an den beruflichen Schulen Donaueschingen oder auch bei

den anstehenden Umbaumassnahmen im Bereich der Hotelfachschule. Bei den beruflichen Schulen werden sich die Anstrengungen in den kommenden Jahren jedoch nicht nur auf den Bereich der Gebäudeunterhaltung beschränken können. Die Dynamik bei der Veränderung von Ausbildungsgängen und Berufsbildern, Änderungen bei den Schülerzahlen, aber auch absehbare Veränderungen in den Berufsschulen angrenzender Landkreise machen es aus unserer Sicht notwendig, die inhaltliche Weiterentwicklung der Schulen und das zukünftige Bildungsangebot intensiv zu diskutieren. Dies betrifft den eigentlichen Kernbereich der Berufsschulen. Darüber hinaus gibt es jedoch noch weiteren Diskussionsbedarf. Das Thema Schulsozialarbeit ist für uns beispielsweise noch nicht zufriedenstellend erledigt. Wir sind der Auffassung, dass sich der Landkreis hier mit weiterem Personal noch mehr präventiv engagieren sollte. Auch beim Thema „Internatsgebühren der Landesberufsschule“ sehen wir weiteren Diskussionsbedarf, weil das früher praktizierte Modell der vollen Kostendeckung bei den Internatsschülern ganz offensichtlich an eine Akzeptanzgrenze gestossen ist.

Im Bereich Feuerwehr und Rettungsdienste wird im kommenden Jahr ebenfalls viel Geld investiert. Wir hoffen, dass der Neubau der integrierten Rettungsleitstelle finanziell, technisch und zeitlich im vereinbarten Rahmen umgesetzt werden kann und wir keine bösen Überraschungen erleben werden. Abgesehen davon ist es aus unserer Sicht vollkommen klar, dass zukünftig auch für eine ausreichende personelle Besetzung der Leitstelle gesorgt werden muss. Die gemeinsam mit dem Landkreis Tuttlingen geplante Atemschutzübungsanlage ist ebenfalls ein Millionenprojekt. Wir begrüssen nicht nur wegen der Kostenteilung diese Landkreiskooperation, sondern auch wegen dem damit verbundenen langfristigen Kontakt und möglichen Erfahrungsaustausch der beteiligten Feuerwehren.

Die neue Strassenmeisterei in Hüfingen macht hinsichtlich ihrer Fertigstellung deutlich sichtbare Fortschritte. Wir freuen uns, dass dieses Projekt seiner Fertigstellung entgegen geht und dass im Neubau dann endlich bessere Arbeits- und Sozialräume zur Verfügung stehen werden. Es wird jedoch bei der maschinellen (=> Arbeitsgeräte) und der gebäudetechnischen Ausstattung (=> Photovoltaikanlage) trotz intensiver Diskussionen auch in den kommenden Jahren noch Ergänzungen geben. Zumindest gebäudeseitig ist nach dem Einzug in Hüfingen aber erstmal ein grosser Schritt getan. Was uns jedoch im Rahmen der Haushaltsberatungen 2015 weniger gefallen hat, ist die zweifelhafte „Einsparung“ bei der Büroausstattung. Der Umzug der Strassenmeisterei wäre ganz klar der richtige Zeitpunkt für eine umfassend neue Möblierung gewesen.

Von der neuen Strassenmeisterei möchte ich auf das Thema Kreisstrassenbauprogramm zu sprechen kommen. Wir tragen die veranschlagten Projekte beim Bauprogramm einschliesslich der beschlossenen Änderungen mit. Dies gilt allerdings nur für

den Bereich der Strassen und nicht für die Radwege! Hier setzt unsere Kritik schon dabei an, dass die ursprünglich vorgesehene Fünfjahresplanung bereits vor Aufstellung des Haushaltsentwurfs zerfetzt wurde. Weiter geht es damit, dass die Auswahl der im Haushaltsentwurf aufgelisteten Projekte nicht besonders überzeugend war. Immerhin war das aber ein Ansatz zum Einstieg in ein geordnetes Bauprogramm. Leider wurde das von der Verwaltung vorgeschlagene Bauprogramm dann aber zuletzt noch vom zuständigen Ausschuss zerlegt. Damit sind wir mittlerweile weit weg von einem längerfristig angelegten Radwegebauprogramm.

Gut ist, dass beim Unterhalt von Landes- und Bundesstrassen endlich höhere Zuweisungen an den Landkreis fliessen. Die Situation war in diesem Bereich in den vergangenen Jahren ja alles andere als erfreulich. Nach dem positiven Verhandlungsergebnis mit dem Land ist - zumindest mittelfristig bis zum Jahr 2017 - die Finanzierung der notwendigen Unterhaltsaufgaben gewährleistet.

Weniger positiv sieht es nach unserer Einschätzung bei der Finanzierung der Höllentalbahn aus. Wir gehen davon aus, dass neben zeitlichen Problemen auch Kostensteigerungen für den Bauabschnitt im Schwarzwald – Baar - Kreis eintreten werden. Wir sind deshalb sehr auf die weiteren Planungsarbeiten und auf die aktualisierte Kostenberechnung im ersten Quartal 2015 gespannt. Wir hoffen selbstverständlich, dass das Projekt realisierbar bleibt.

Bei der Flugverkehrsbelastung begrüssen wir die Aktivitäten der südbadischen Landkreise, weitere Belastungen aus dem geplanten Betriebsreglement des Flughafens Zürich abzuwehren. Das sogenannte „Ostanflugkonzept“ mag zwar für den Flughafen selbst der passende Arbeitstitel sein. Für unseren Luftraum wäre dies jedoch schlicht eine deutliche Mehrbelastung, da neben den regulären Nordanflügen dann auch eine grosse Zahl weiterer Anflüge über den südlichen Schwarzwald – Baar – Kreis geführt würde. Das gesamte An – und Abflugreglement ist in seinen Varianten und Auswirkungen ohnehin kaum abzuschätzen. Die Anzahl der Flugbewegungen, die technischen Nachverdichtungsmöglichkeiten, die Kombination der An – und Abflugkorridore, die möglichen Flughöhen und vieles mehr machen die Sache faktisch zu einer „black box“ der Flughafenbetreiber. Die denkbaren Szenarien sind jedenfalls äusserst unübersichtlich und in ihren belastenden Konsequenzen derzeit kaum abschätzbar. Klar ist eigentlich nur: Die Belastung soll nach dem Willen der Flughafenbetreiber möglichst hier stattfinden.

Von den zukünftigen Belastungen zu den Lasten und Belastungen der Vergangenheit: Hier möchte ich in aller Kürze 3 Bereiche benennen, die entweder einen hohen finanziellen Tribut oder eine grosse Ausdauer erfordern. In manchen Fällen durchaus auch

Beides! Da wäre zum einen die Nachsorge der ehemaligen Kreismülldeponien, die in den kommenden Jahrzehnten noch grosse Finanzmittel erfordern werden. In Hüfingen wird im kommenden Jahr beispielsweise mehr als eine halbe Million € zur Ertüchtigung des Entgasungssystems und zur Beschaffung eines Stirlingmotors ausgegeben. Wir sind sehr gespannt, wie sich diese innovative Technologie im Rahmen der Deponiegasverwertung bewähren wird. Als zweites Beispiel möchte ich die „Nachsorgephase“ des ZV PROTEC – Orsingen nennen: Hier sind wir enttäuscht, dass ein derartig grosser Gesamtschaden für die betroffenen Landkreise nur sehr halbherzige Aktivitäten der Justiz ausgelöst hat. Hinzu kommt, dass von den Landkreisen auf die Anmeldung von Schadensersatzansprüchen gegen Planer und Firmen verzichtet wird. Nicht nur aus Gründen der Rechtshygiene, sondern auch wegen des unverändert dreisten Verhaltens einiger Beteiligter sehen wir eine harte rechtliche Linie als Prinzipienfrage! Dritter Punkt: Das geplante Schweizer Atommüllendlager direkt an der Grenze. Hier konterkariert die jüngste Entscheidung des Schweizer Nationalrats, für die bestehenden Schweizer Atomkraftwerke keine Laufzeitbeschränkung festzusetzen, die Kooperationsbereitschaft und alle Bemühungen um eine einvernehmliche Lösung. Auch dies ist dreist! Die alten AKWs ohne Laufzeitlimit weiter zu betreiben und gleichzeitig auf eine Standortakzeptanz in Grenznähe für ungebremst zunehmenden Atommüll zu hoffen, ist mehr als vermassen. Dieses Thema wird uns deshalb auch im Kreistag noch reichlich beschäftigen. Leider ist die Brisanz des Themas immer noch nicht richtig bei der Bevölkerung im Schwarzwald – Baar-Kreis angekommen.

Ich möchte jetzt auf einige Aspekte des Verwaltungshaushalts eingehen. Die ausgewiesenen Mehrstellen beim Personal des Landkreises sind nachvollziehbar und notwendig. Die Situation bei der Betreuung der Asylbewerber wird beispielsweise einen deutlich höheren Aufwand - sowohl beim Personal als auch bei den Sachleistungen – erfordern. Hier zeichnet sich eine riesige Herausforderung für den Landkreis, aber auch für die betroffenen Kommunen und für alle Mitbürger ab. Wir hoffen, dass sich der Landkreis bestmöglich dieser Herausforderung stellt und bei der Betreuung der Asylbewerber im sozialen und sprachlichen Bereich keine faulen Kompromisse macht. Die Integration muss gelingen und die Grundlast der Betreuung kann angesichts der grossen Zahl betroffener Menschen keinesfalls nur auf ehrenamtliche Arbeit abgewälzt werden. Gleichwohl ist auch uns klar, dass unbedingt Lösungen bei den eigentlichen Ursachen von Flucht und Vertreibung gesucht und auch gefunden werden müssen. Hier sind ganz klar die Bundespolitik und mehr noch die internationale Politik gefordert. Leider bewegt sich in diesen Bereichen viel zu wenig und deshalb sind wir hier vor Ort mit sehr, sehr grossen Herausforderungen konfrontiert.

Umso wichtiger ist, dass vor Ort auch schlagkräftige Hilfsorganisationen tätig sind. Dies gilt im Flüchtlingsbereich beispielsweise für die Arbeit von Refugio. Allgemein lässt sich

dies jedoch auf die allermeisten Hilfs- und Beratungseinrichtungen übertragen. Wir haben es deshalb sehr bedauerlich gefunden, dass der Antrag der Diakonie auf einen erhöhten Personalkostenzuschuss für die Arbeit der „Tagesstätten für Menschen mit chronisch psychischen Erkrankungen“ mehrheitlich abgelehnt wurde. Deren Arbeit kann, ebenso wie z.B. die Arbeit der Hospize oder der Selbsthilfeeinrichtungen, gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Auch wenn die Zahlungen des Landkreises an derartige Einrichtungen von Vielen als schmerhaft oder gar als unnötig angesehen werden, sind sie unserer Meinung nach die Basis für eine funktionierende und menschliche Gesellschaft.

An dieser Stelle möchte ich kurz auf die Eingliederungshilfe eingehen. Die erhöhten Bundeszahlungen im Bereich der Eingliederungshilfe sind vom Landkreis ja freudig erwartet worden. Umso grösser war wohl die Ernüchterung beim Landkreis, als die endgültige Regelung der Mittelauszahlung vorlag. Zwei Drittel der zusätzlichen Eingliederungshilfe gehen über den Umsatzsteueranteil an die Kreisgemeinden und nur ein Drittel der Zusatzzahlungen geht über die „Kosten der Unterkunft“ an den Landkreis, der ja der eigentliche Träger der Eingliederungshilfe ist. Deshalb ist, um es an dieser Stelle gleich vorweg zu nehmen, die um 1 Prozentpunkt erhöhte Kreisumlage durchaus gerechtfertigt und nachvollziehbar. Denn es gibt ja im Haushaltsjahr 2015 noch weitere Faktoren wie z.B. die hohe Investition des Landkreises in den Breitbandausbau oder natürlich generell die weiter ansteigenden Zahlungen des Landkreises im Bereich der sozialen Sicherung.

Damit möchte ich jetzt noch auf die finanzwirtschaftliche Situation und den Gesamthaushalt des Landkreises eingehen. Bei einem Verwaltungshaushalt mit einem Volumen von über 250 Mio. € und einem Vermögenshaushalt mit mehr als 22 Mio. € liegt ein sehr guter Gesamthaushalt vor. Dies insbesondere auch deshalb, weil nach derzeitigem Stand keine Nettoneuverschuldung notwendig ist und der Schuldenstand weiter reduziert werden kann. Die Steuerkraftsumme, aber auch die Schlüsselzuweisungen steigen im Jahr 2015 weiter an. Auch die vielleicht schönste landkreiseigene Quelle im Quellenland, nämlich die kräftig sprudelnde Grunderwerbssteuer, wird mit 7 Mio. € auf einem sehr hohen Niveau kalkuliert. Aussergewöhnliche Belastungen, wie z.B. der im vergangenen Jahr getätigte Investitionszuschuss für den Klinikneubau, sind kurzfristig nicht erkennbar. Der Landkreis bewegt sich deshalb derzeit auf einer soliden Finanzbasis. Es können viele Investitionen getätig und gleichzeitig Schulden abgebaut werden. Die Kreisumlage ist mit einem Prozentpunkt mehr und damit neu mit 32,3 Prozentpunkten eine der dafür notwendigen Randbedingungen. Dies ist jedoch aus den vorher genannten Gründen angemessen und richtig. Zudem geht es auch den Gemeinden derzeit vergleichsweise gut. Ein weiterer und nicht zu unterschätzender Faktor sind die Vielzahl erhöhter Zuschüsse, Zuweisungen und Fördergelder von Bund und Land: Sei es vom Bund z.B. im Rahmen der genannten Eingliederungshilfe oder beispielsweise vom Land

beim aufgestockten Strassenunterhalt. Direkt und auch indirekt (wie z.B. bei den Kosten für das Naturschutzgrossprojekt) werden so erhebliche Zuschüsse gewährt, die hilfreich bei der Umsetzung verschiedenster Massnahmen im Schwarzwald – Baar-Kreis sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren:

Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen wird dem Haushalt 2015 zustimmen.

Im Namen unserer Fraktion möchte ich dem Landrat, allen Mitarbeitern der Verwaltung und auch allen anderen Mitarbeitern der Kreiseinrichtungen recht herzlich danken. Danke möchte ich im Namen unserer Fraktion auch allen Mitgliedern des Kreistags für die gute Zusammenarbeit hier im Gremium und in den Ausschüssen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Christian Kaiser

für die Kreistagsfraktion SBK von B90/Die Grünen

Doku-Info:
6 Seite(n), 1988 Wörter, 12950 Zeichen